

Orban: Durchsuchung bei Fidesz politisch motiviert

Budapest. Ungarns ehemaliger Ministerpräsident Viktor Orban hat die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen seine Partei Fidesz als politisch motiviert kritisiert. »Seit gestern ist mir klar geworden, worum es hier geht«, sagte Orban am Mittwoch Journalisten vor der Fidesz-Parteizentrale. Es handle sich um ein »politisch motiviertes rechtliches Verfahren, das darauf abzielt, Fidesz rechtlich handlungsunfähig zu machen«. Die Staatsanwaltschaft des Verwaltungsbezirks Bacs-Kiskun im Süden Ungarns hatte am Dienstag ein Rechenzentrum durchsucht, in dem Server der Fidesz-Partei untergebracht sind. Laut der Zeitung *Blikk* wurde die gesamte interne Kommunikationsdatenbank der Partei in Anwesenheit von deren Anwälten überprüft. Die Durchsuchung erfolgte laut einer Justizsprecherin im Zuge der Ermittlungen gegen den Nationalen Kulturfonds »wegen des Vergehens der Veruntreuung und anderer Straftaten«.

»Das diene als Vorwand, um die Server von Fidesz zu beschlagnahmen«, sagte Orban dazu am Mittwoch. Es sei ein Problem, wenn der Server einer politischen Partei »von der Regierung einer rivalisierenden politischen Kraft beschlagnahmt« werde. Seine Partei habe ihre bei der Parlamentswahl erlittene politische Niederlage überstanden und werde »immer stärker«, sagte Orban.

Medienberichten zufolge soll der Nationale Kulturfonds als staatliche Auszahlungsstelle für Mitglieder des inneren Fidesz-Kreises sowie als Schattenkasse für Wahlkampfw Zwecke genutzt worden sei.

Der unter Orban ernannte Generalstaatsanwalt Gabor Balint Nagy trat am Mittwoch zurück. Er begründete den Schritt mit Druck seitens des neuen Regierungschefs Magyar, der ihn als Orbans »Marionette« bezeichnet hatte. Die gegen ihn gerichteten »Angriffe« seien »weit über die Grenzen einer akzeptablen beruflichen und öffentlichen Debatte hinausgegangen«, erklärte Nagy. Er betonte, dass er »ausschließlich zur Wahrung der Interessen der Staatsanwaltschaft« zurücktrete. Die Funktionsfähigkeit und Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft dürften »unter keinen Umständen durch die beschämenden, politisch motivierten Auseinandersetzungen um die Person des Generalstaatsanwalts beeinträchtigt werden«. (AFP/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/526840.neue-regierung-in-ungarn-orban-durchsuchung-bei-fidesz-politisch-motiviert.html>